

Die demokratische Öffnung der Kultur

GESPRÄCH MIT AGNES KRUMWIEDE

[Anmerkung der Redaktion: Agnes Krumwiede, 34, ist Sprecherin für Kulturpolitik der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Obfrau der Fraktion im Ausschuß für Kultur und Medien. Sie ist Diplom-Musikerin und Pianistin mit Konzertexamen. Das Gespräch fand am 16. Dezember 2010 in Berlin statt.]

Claus-Steffen Mahnkopf: Sehr geehrte Frau Krumwiede, am 15. September 2010 hielten Sie im Deutschen Bundestag im Rahmen der Haushaltsberatung für das Jahr 2011 eine kämpferische Rede zur Kulturpolitik. Während Ihr Vorredner sich auf Fragen der Kultur als eines Wirtschaftsfaktors konzentrierte, betonten Sie die Eigenwerte des Kulturellen: Innovation, Geist, Kreativität, Aktivitäten »von unten«, Verankerung im Leben. Könnten Sie Ihre Definition von Kultur und Ihre Auffassung ihrer politisch-gesellschaftlichen Rolle sowie die Funktion des politischen Systems in diesem Zusammenhang formulieren?

Agnes Krumwiede: Im Sprachgebrauch wird Kultur ja oft mit Kunst gleichgestellt, z. B. bei den Begriffen »Kulturpolitik«, »Kulturfltrate« und bei der »Kulturellen Bildung«. »Kultur« im weitesten Sinne ist jedoch nicht ein Sammelbegriff für alle Künste, sondern meint die Lebensweise einer »Kulturgemeinschaft«. »Kultur« umfaßt vieles, worauf Kulturpolitik keinen Einfluß hat: Gesprächskultur, Fortbewegungskultur, Eßkultur, Einkaufskultur, Agrokultur usw. Kultur im Sinn von »Lebenskultur« kann politisch beeinflußt werden, beispielsweise durch Verbote und Gesetze, welche unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen: Ein Verbot gentechnisch veränderten Saatguts oder Futtermittels oder die Förderung des Ökolandbaus haben Einfluß auf unsere »Agrokultur« und »Eßkultur«. Steuern auf fossile Brennstoffe beeinflussen unsere »Fortbewegungskultur« usw.

Kulturpolitik (im Sinne der Gesamtheit der Künste) ist verantwortlich für die Rahmenbedingungen, damit sich Kultur und Kunst frei entfalten können. Das Politische von Kunst und Kultur besteht in der künstlerischen Sichtweise unserer Lebenswelten und in der Interaktion zwischen Kunst und Gesellschaft. Durch Kunst entstehen Symbole und Wertesysteme, die unsere Lebensweise sowohl bestimmen als auch in Frage stellen können. Kunst kann Gesellschaft und Politik entscheidende Impulse geben.

Ich bin der Meinung, daß Kulturförderung im aktuellen gesellschaftspolitischen Kontext eine große Rolle spielt: Viele Menschen in Deutschland sind nicht mehr bereit, nur noch »funktionieren« zu müssen in einem System

und politischen Entscheidungen ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Sie sehnen sich nach mehr Selbstbestimmung und Mitsprache an politischen Entscheidungsprozessen. Für nachhaltiges Denken und Handeln ist die Gestaltungs-kompetenz zentral, dabei geht es um die Fähigkeit, interdisziplinär Erkenntnisse zu gewinnen, und darum, Handlungskonsequenzen vorausschauend analysieren und beurteilen zu können (vgl. UN Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«). Gestaltungskompetenz, die Motivation zur Eigeninitiative und zum Engagement entstehen aber nicht von allein. Sie können gefördert werden, zum Beispiel durch die Künste, durch kreatives Mitgestalten. Deswegen ist Kulturförderung ein zentrales Element zur Stärkung unserer Demokratie.

Kunst und kulturelle Bildung wenden sich an Herz und Verstand der Menschen gleichermaßen und sind ein Schlüssel zur Veränderung des Denkens sowie zur Förderung von Kreativität. Kreativität befähigt Menschen, Zusammenhänge nicht linear und eindimensional, sondern komplex zu begreifen, neue Ideen zu entwickeln, die sich aus Wissen, Empathie und Phantasie zusammensetzen.

Kreativität ist wiederum nicht zwangsläufig dem künstlerischen Schaffen zuzuordnen, sondern eine Eigenschaft, die auf allen Ebenen in gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Bereichen notwendig ist. Kreatives Denken steht im Gegensatz zum technokratischen, eindimensionalen Denken, das in Politik und Gesellschaft weit verbreitet ist. Kreativität ist keine angeborene Fähigkeit. Deshalb müssen Kultur mit Bildung und Kunst mit Lernen verknüpft werden. Grüne Politik möchte jeden Menschen dabei unterstützen, die Zukunft kreativ mitzugestalten!

Mahnkopf: Sie vertreten offenbar einen emphatischen Aufklärungsbegriff. Wenn die Menschen mündig sind oder sein sollen, dann müssen sie auch richtig leben.

Krumwiede: Ganz genau. Es geht aber nicht um Bevormundung. Die Menschen wollen mündig sein, und sie wollen nach ihren Vorstellungen richtig leben.

Mahnkopf: Da es in der Kulturpolitik nicht nur ums Geldverteilen gehen kann, fordern Sie Inhalte ein. Was wären diese?

Krumwiede: In einem demokratischen System gestaltet und beurteilt Kulturpolitik keine künstlerischen Inhalte. Das ist einzig und allein Aufgabe der Künstlerinnen und Künstler und ihrer Rezipienten, Konsumenten, Auftraggeber und Kritiker. Kultur darf auch nicht von der Politik instrumentalisiert werden, um parteipolitische Inhalte zu transportieren. An der Kulturpolitik der jetzigen Regierung kritisiere ich unter anderem, daß sie keine Ansätze zeigt, die soziale Lage der KünstlerInnen zu verbessern, wofür es in unseren

komplizierten Sozialsystemen durchaus viele Möglichkeiten gibt. Im »Spiegel« wurde der Kulturstaatsminister vor kurzem als »Geldautomat« bezeichnet. Aber Kulturförderung hat nicht nur mit der Höhe des Kulturetats zu tun. Sondern auch mit Ideen. Herr Neumann liefert keinerlei Ideen und Konzepte zur Verbesserung der sozialen Lage von Kulturschaffenden, um beispielsweise die Ausbeutung hochqualifizierter Musiker als Praktikanten und als Honorarlehrkräfte zu beenden. Die Künstlerförderung in vielfacher Ausrichtung bleibt auf der Strecke. Aber wenn wir uns nicht intensiver um die soziale und finanzielle Absicherung von Kulturschaffenden bemühen, ist der künstlerische Nachwuchs und somit das Fortbestehen unserer vielfältigen Kulturlandschaft nicht mehr gesichert. Momentan arbeiten meine Fraktion und ich daran, Konzepte und Ideen zu entwickeln, um die soziale und finanzielle Absicherung von KünstlerInnen zu verbessern.

Im Haushaltsplan 2011 des BKM wurden zusätzliche Forschungsgelder bereitgestellt, u. a., um die soziale Lage von Kulturschaffenden in Deutschland zu analysieren. Dazu existiert bereits umfangreiches aktuelles Material, eine Studie (»Report Darstellende Künste/Wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Lage der Theater- und Tanzschaffenden in Deutschland« der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., der vom Fonds Darstellende Künste 2010 herausgegeben wurde) besagt, daß zwei Drittel der Theaterschaffenden und Tänzer im Jahr 2009 unterhalb der Armutsgrenze lebten. Wir kennen die alarmierenden Statistiken und Zahlen. Es ist absurd, daß der Kulturstaatsminister dafür Forschungsgelder ausgibt, um gleichzeitig bei der Künstlerförderung zu sparen. Zum Beispiel sollten Stipendienprogramme bei der Deutschen Künstlerakademie in Tarabya ganz gestrichen werden, was zum Glück verhindert werden konnte. Was helfen neue Statistiken zur sozialen Lage Kulturschaffender, wenn die Regierung aus den Erkenntnissen keine Konsequenzen zieht?

Die Regierungskoalition bemüht sich in erster Linie um eine elitäre und exklusive Kulturförderung. In der Kulturpolitik der Koalition gibt es das Stichwort der »gesamtstaatlichen Bedeutung«. Damit hat der Bund trotz Kooperationsverbot die Möglichkeiten, Kulturevents oder -institutionen direkt zu bezuschussen. Der Kulturstaatsminister sieht die »gesamtstaatliche Bedeutung« beispielsweise in den Bayreuther Festspielen gegeben, die jedoch nur eine kleine Schicht der Bevölkerung erreichen. Es geht mir nicht darum, den Wagner-Festspielen die gesamtstaatliche Bedeutung absprechen zu wollen. Ich stelle ganz grundsätzlich die momentane Mittelvergabe aufgrund »gesamtstaatlicher Bedeutung« in Frage. Die Verteilung ist willkürlich, intransparent und hat unter Bernd Neumann den bitteren Beigeschmack von »Klientelpolitik«, wir benötigen eine klare Definition und nachvollziehbare Verteilungskriterien. In meiner Rede zur zweiten Lesung des Kulturhaushaltes habe ich gesagt: »Warum werden immer die Kulturevents

mit Bundesmitteln vergoldet, die sowieso schon glänzen?» Es gibt aktuell so viele Kultureinrichtungen in Deutschland, die von Schließungen bedroht sind. Solange nicht eindeutig festgelegt ist, was eine »gesamtstaatliche Bedeutung« ausmacht, halte ich es für durchaus berechtigt, zu hinterfragen, warum ein Kinder- und Jugendtheater – wie das »Thalia« in Halle – weniger gesamtstaatliche Bedeutung besitzen soll als beispielsweise die Kunsthalle in Bremen, welche aus dem Kulturretat 2011 mit eben dieser Begründung fünf Millionen Euro erhält. In Leipzig müssen die Oper, das Gewandhaus und das Centraltheater wegen der Novellierung des Sächsischen Kulturraumgesetzes dramatische Einschnitte in Kauf nehmen. Hier kommt der Bund nicht mit der Begründung der »gesamtstaatlichen Bedeutung« zu Hilfe, während die Wagnerfestspiele jedes Jahr mit 2,3 Millionen Euro bezuschußt werden – ein Event, das sich gerade wegen seiner internationalen Beachtung und Beliebtheit stärker durch Eigenmittel tragen könnte. Die Bewahrung unserer einzigartigen kulturellen Vielfalt – das verstehe ich als kulturpolitische Aufgabe von bundesstaatlicher Bedeutung.

Kultur hat ihren eigenen Wert und muß nicht ökonomisch sinnvoll sein, ist aber trotzdem genauso systemrelevant wie ein Wirtschaftsunternehmen. Denn kulturelle Angebote prägen die Attraktivität von Städten und Gemeinden – übrigens auch als Wirtschaftsstandort. Kultureinrichtungen, die erst einmal geschlossen sind, bleiben es meist auch. Deshalb müssen Bund und Länder für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sorgen. Bündnis 90/Die Grünen haben Vorschläge entwickelt, wie der Bund die Kommunen beim Erhalt ihrer Kultureinrichtungen unterstützen kann: zum Beispiel über die Vergabe von »Kultur-Krediten« über ein KfW-Sonderprogramm »Kulturfinanzierung«.

Die Mittelvergabe des Kulturstaatsministers halte ich an manchen Stellen für rückwärtsgewandt: Der § 96 des Bundesvertriebenengesetzes besagt zwar, daß der Bund eine Verantwortung für die Bewahrung des kulturellen Erbes in den ehemals von Deutschen besetzten Gebieten hat. Aber angesichts der zahllosen bedrohten Kulturfestivals und kleinen Stiftungen zur Unterstützung von KünstlerInnen in Deutschland kann ich nicht nachvollziehen, warum der Etat hierfür nach einer Halbierung unter Rot-Grün erneut einem Trend nach oben folgt. Inzwischen ist der Posten seit dem letzten rot-grünen Haushalt wieder um 30 % auf 17,5 Millionen Euro angestiegen.

Im Bereich der kulturellen Bildung könnte sich der Bund noch mehr engagieren – es gibt hier trotz des Kooperationsverbotes vielfach Möglichkeiten. Aufgrund der schlechten Finanzausstattung sind derzeit viele Kommunen zu Kürzungen an städtischen Musikschulen sowie Sparmaßnahmen bei Kulturangeboten in Jugendzentren gezwungen. Ich bin der Meinung: Die Musikschulen in Deutschland leisten eine viel flächendeckendere Wirkung von »gesamtstaatlicher Bedeutung« als manche vom Kulturretat begünstigten

Kulturevents. Hinzu kommt, daß in vielen Bundesländern musische Fächer zugunsten der Naturwissenschaften kontinuierlich gekürzt werden. Künstlerische Fähigkeiten werden im Vergleich zu jenen in sogenannten »MINT«-Fächern nicht adäquat als Leistung anerkannt. Dabei sind auf dem Arbeitsmarkt Teamfähigkeit und Kreativität gefragt – Eigenschaften, die an unseren Schulen und Universitäten nur ungenügend gefördert werden. Das Kreative, das Musische wird bei uns als Hobby goutiert, nicht aber als eigenständige Leistung anerkannt. Unsere heutige Zeit leidet an einer Schiefelage: Wir vertrauen eher Technokraten bei der Lösung gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Herausforderungen und weniger den Kreativen. Diese Schiefelage ist verantwortlich für viele unserer globalen Krisen. Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik denken oft eindimensional und profitorientiert, es fehlen Empathie und interdisziplinäres, ganzheitliches Denken. Kulturschaffende und kreative »Querdenker« könnten hier als Korrektiv fungieren.

Mahnkopf: Das könnte man erweitern auf Geisteswissenschaftler, Philosophen und Intellektuelle, die auch nicht so recht ernst genommen werden. Die Vorherrschaft der Technokraten hat sich seit einigen Jahrzehnten entwickelt. Diese Denkhaltung hat nun auch die Kultur, die Kunst und die Wissenschaft infiziert. Ich spreche nur den malediten Bologna-Prozeß im Hochschulbereich an oder das Quoten- und Rankingdenken im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen.

Krumwiede: Ja, die beschleunigte Leistungsmaximierung durch den Bologna-Prozeß hat sich in seiner Umsetzung nicht bewährt – viele StudentInnen leiden unter Leistungsdruck und Stress, oft fehlt die Zeit, das Gelernte zu reflektieren. Bündnis 90/Die Grünen wollen das Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen, um Chancengleichheit bundesweit einheitlich umsetzen zu können. Wir stehen für einen Ausbau der Ganztagschulen und mehr individuelle Förderung. Außerdem wollen wir Studiengebühren abschaffen und den Bologna-Prozeß grundsätzlich reformieren.

Die Freiheit der Presse und Medien ist ein hohes Gut unserer Demokratie, das Bündnis 90/Die Grünen vehement verteidigen – direkten politischen Einfluß auf die Programmgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auszuüben, lehne ich ab. Die Politik muß an anderer Stelle ansetzen, um den künstlerischen Nachwuchs zu fördern und qualitative Vielfalt weiterhin zu ermöglichen. Ich persönlich teile Ihre Einschätzung, in der Kultur- und Kreativwirtschaft ist das System »Kommerz vor Qualität« vorherrschend – nicht selten werden auf dem Musikmarkt junge Talente von ihren Plattenfirmen und Agenturen regelrecht »verheizt«. Nicht nur in der Bildung, auch für künstlerische Schaffens- und Weiterentwicklungsprozesse spielt der Faktor Zeit eine elementare Rolle. Zeit, in der nicht zwangsläufig ein neues Produkt

entstehen muß. Diese »Kreativpausen« müssen KünstlerInnen ohne finanzielle und soziale Einbußen ermöglicht werden. Ein Ansatz wäre, den Anspruch auf eine befristete Vermittlungspause für WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen bei der Bundesagentur für Arbeit zu ermöglichen. Nach wie vor steht der enorme Umsatz der Kultur- und Kreativwirtschaft in einem eklatanten Widerspruch zur Einkommenssituation der meisten Kreativen. Kreative haben ein Recht auf faire Bezahlung, schließlich stehen sie in der Wertschöpfungskette an erster Stelle. Die von Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2007 angestoßene »Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft«, mit ihren dezentralen Informationsbüros und dem Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft, kann zwar einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung der kleinen Kulturbetriebe und der Künstlerinnen und Künstler leisten – aber es gibt noch viel zu tun.

Ein Resultat der »Vorherrschaft der Technokraten« ist meiner Einschätzung nach auch die Ökonomisierung unserer Gesellschaft. Oscar Wilde sagt: »Die Menschen kennen von allem den Preis und von nichts den Wert.« Daran hat sich in den letzten hundert Jahren nicht viel geändert: Wir beurteilen Dinge nach ihrem Wert auf dem Markt, nicht nach dem Wert für unser Leben. Eine Automobilfabrik ist Milliarden wert, eine intakte Landschaft dagegen »nichts«. Wir brauchen eine größere Wertschätzung für das, was wichtig ist für unser individuelles Glück. Das ist auch ein politischer Auftrag: In unserem System fließen Mittel immer dorthin, wo eine Wertsteigerung erwartet wird – in Banken, Gebäude, Bahnhöfe oder Straßen – allein in Bayern sind in den Jahren 2001 bis 2009 sieben Milliarden Euro in Bundesfernstraßen investiert worden.

Das Dilemma von Kultur und auch Bildung ist, daß beide »produzieren«, was nicht oder noch nicht sichtbar ist. Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist kein Maßstab für ein erfülltes Leben des Individuums. Zu einem guten Leben gehören: gutes Essen ohne Agrogentechnik, ohne Dioxin und andere schädliche Zusätze, gutes Klima ohne Kohle und Atom, und ebenso Bildung und Kultur. Denn Kultur befriedigt das Bedürfnis des Menschen, daß nicht ein Tag ist wie der andere, und durchbricht den Automatismus des Alltags.

Mahnkopf: Daß die Musik eine besondere Rolle für die »Bildung« von Menschen und Gruppen spielt, ist hinlänglich bewiesen. Zudem steht die Musik institutionell in Deutschland im internationalen Vergleich besonders gut da. Und doch setzt sich der Gefahr, lächerlich zu werden, derjenige aus, der dies argumentativ einsetzt.

Krumwiede: Gerade in der Kulturszene ist die Meinung weit verbreitet, daß Kunst als einer der am geringsten staatlich geförderten Bereiche nicht auch noch als »Katalysator« gesellschaftlicher Defizite funktionalisiert werden darf. Kultur *muß* keinem Nutzenkalkül unterworfen sein, sie *muß* keine ge-

sellschaftlichen Probleme lösen. Aber es ist eine vielfach wissenschaftlich und medizinisch belegte Tatsache, daß sie es *kann*. Wir wissen, welche positiven Auswirkungen die aktive künstlerische Betätigung auf die Persönlichkeitsentwicklung, auf geistige, soziale und kreative Fähigkeiten haben kann – nicht zuletzt bei Heranwachsenden. Und wenn ein eklatantes Ungleichgewicht herrscht zwischen passivem Lern- und Arbeitspensum und künstlerischer bzw. kreativer Aktivität, weil kulturelle Aktivitäten hauptsächlich vom Geldbeutel oder vom musisch defizitären Stundenplan an Schulen abhängen – sehe ich darin einen direkten Zusammenhang zum moralischen und emotionalen Verfall unserer Gesellschaft. August Everding hat diesen Zustand sehr treffend auf den Punkt gebracht: »Wo Kultur wegbriecht, wird Platz frei für Gewalt«. Kulturpolitik ist auch Gesellschaftspolitik und wirkt, so bekräftigt es der Schlußbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«, »durch Kunst und Kultur beeinflussend und prägend auf die Grundorientierungen des gesellschaftlichen Lebens ein«. Wenn z. B. die Berliner Philharmoniker Projekte an Schulen durchführen, geht es nicht in erster Linie um künstlerische Höchstleistung, sondern um Sozialarbeit, um Neugierde und Spaß am Musizieren. Es geht um Lösungen gegen seelische Obdachlosigkeit bei Kindern und Jugendlichen. Unser grüner Ansatz ist: Kultur muß mit Bildung und Kunst mit Lernen verknüpft werden. Aber kulturelle Bildung in Form von Schulfächern wie Musik, Theater oder Kunst darf kein zusätzlicher »zwangsverordneter« Leistungsdruck sein, sie darf nicht nur das zukünftige passive Publikum heranziehen. Fächer wie Kunst oder Musik sind nicht »an sich« kreativitätsfördernd. Auf die kindgerechte motivierende Vermittlung kommt es an. Kooperationen zwischen Schulen und Kulturinstitutionen oder KünstlerInnen können dazu beitragen, daß kulturelle Kinder- und Jugendbildung möglichst alle erreicht. Kreative Inhalte müssen innerhalb eines ganzheitlichen Bildungsansatzes fächerübergreifend integriert und Schulfächer inhaltlich besser miteinander verknüpft werden. Damit individuelles Lernen durch mehr kulturelle und kreative Inhalte an Schulen gelingen kann, sind mehr Zeit und Raum in den Lehrplänen sowie kleinere Schulklassen notwendig. Außerdem muß auch die kulturelle Bildung vom erklärten Bildungsziel der Bundesregierung, die Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, profitieren. Im nächsten Jahr ist kulturelle und ästhetische Bildung ein Schwerpunkt des Nationalen Bildungsberichtes. Damit es nicht bei Lippenbekenntnissen über die positiven Auswirkungen kultureller Bildung bleibt, fordern wir, daß zukünftig innerhalb des Nationalen Bildungsberichtes konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt und aus den Ergebnissen Konsequenzen gezogen werden. Mehr kulturelle Bildung, methodisch an Schulen verankert, kann dazu beitragen, daß Schule ein phantasievoller Ort wird für Entdeckungsreisen der Identität und Selbstbestimmung.

Die Arbeit einer/s Politikers/in besteht aus viel Überzeugungsarbeit von Mensch zu Mensch. Wir Kulturpolitiker sind dazu da, »Aha-Erlebnisse« auszulösen, auch in der eigenen Fraktion. Es ist ein ständiger Prozeß, da Kultur leicht von Topthemen wie Finanz- oder Außenpolitik an den Rand gedrängt wird. Die politische Arbeit ist bekanntlich wie »Bohren durch dicke Bretter«. Aber ich habe die Kraft dafür als Politikerin, weil ich die Leidenschaft, Disziplin und Hartnäckigkeit für die Kunst mitbringe.

Mahnkopf: Joseph Beuys war Mitbegründer der Grünen. Wie steht es heutzutage um den Kontakt zu den Künstlern?

Krumwiede: Kreative sind Freigeister und haben Angst, vereinnahmt zu werden. Ich persönlich denke: Freigeister erreichen gemeinsam mehr als einer allein. Wenn Künstler zusammenhalten, können sie mehr für ihre »Zunft« erreichen. KünstlerInnen sind sensible Zeitgenossen, die es nicht verzeihen, wenn sie ausgenutzt werden. Zu oft haben sie erlebt, in der Zeit zwischen den Wahlen in Worten und Taten von der Politik kaum beachtet, aber zu Wahlkampfzeiten als repräsentative »Parteiwerbe-TrägerInnen« mißbraucht zu werden. Weil ich selbst Musikerin bin – und daran ändert mein Bundestagsmandat für mich persönlich nichts –, habe ich den Vorteil, daß die meisten meiner FreundInnen KünstlerInnen sind. Soweit es meine Zeit erlaubt, versuche ich den Kontakt zu meinem Freundeskreis aufrechtzuerhalten. Durch mein Mandat haben sich auch viele neue Kontakte in die Kulturszene ergeben. Die Vorschläge und Meinungen Kulturschaffender prägen meine politische Arbeit. Nicht nur die Kulturpolitik ist angewiesen auf die kreativen Impulse Kulturschaffender. Ich würde mir im Bundestag mehr runde Tische wünschen mit VertreterInnen aus Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft. Die grüne Bundestagsfraktion möchte einen regelmäßigen Austausch mit KünstlerInnen durch verschiedene Veranstaltungen stärker etablieren: Im Mai wird es einen großen Kulturempfang für ca. 200 Gäste aus der Kulturszene geben und es sind weitere Events in kleinerem Rahmen geplant, um Konzepte und Visionen einer grünen Bundeskulturpolitik angesichts einer möglichen Regierungsbeteiligung zu entwickeln. In meinem Wahlkreis Ingolstadt organisiere ich regelmäßig einen »Künstlerstammtisch«, außerdem habe ich dort einen Verein gegründet – »Künstler an die Schulen e.V.« (Webadresse www.kuenstler-an-die-schulen.de) –, dessen Schirmherrschaft ich übernommen habe. Der Verein vernetzt durch ein Internetportal Schulen und KünstlerInnen miteinander, die an Schulen künstlerische Projekte durchführen. So bekommen Schulen, Trägerverbände und Kinder- und Jugendeinrichtungen einen schnellen Überblick auf Informationen zu aktuellen Angeboten, inhaltliche Ausrichtung der Projekte, Projektdauer und -kosten. Mit dem Verein ist auch ein Fonds verbunden, der kulturelle Projekte und Veranstaltungen an Bildungseinrichtungen in Ingol-

stadt bezuschußt. Es finden regelmäßige Veranstaltungen statt, damit Kinder und Jugendliche präsentieren können, was in den Workshops erarbeitet wurde. Bei der letzten Veranstaltung war der Cellist Alban Gerhardt unser Ehrengast, der selbst auch sehr engagiert ist im Bereich kulturelle Bildung.

Mahnkopf: Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen »Hochkultur« und »Breitenkultur«?

Krumwiede: Ich halte die Unterscheidung zwischen Hochkultur und Breitenkultur oder zwischen »U« und »E« für destruktiv, weil dadurch neue künstlerische Ausdrucksformen diskriminiert werden. Unter anderem trennt dieser Ansatz Grüne Kulturpolitik von den Unionsparteien. KünstlerInnen aller Bereiche wollen doch dasselbe, es geht um den authentischen Ausdruck, darum, das Publikum oder die/den BetrachterIn eines Werkes zu überraschen und emotional zu berühren – egal ob mit Hip-Hop oder mit Klassik, mit Ölmalerei oder mit Graffiti usw. Bei einer von den Grünen ausgerichteten Veranstaltung in meinem Wahlkreis haben wir Beiträge von jungen Hip-Hoppern im Breakdance und Gesang auf der Bühne abwechselnd gemischt mit Klaviermusik und klassischem Ballett. Ein junger Hip-Hopper sagte danach zu mir: »Ich habe vorher noch nie Klassik am Klavier live gehört, aber jetzt weiß ich: Sie am Klavier sind ja genauso wie wir beim Hip-Hop – auch wenn die Musik ganz anders klingt.« Selbstverständlich wünsche ich mir, daß die klassische Musik auch von jungen Menschen verstanden und auch interpretiert wird. Aber viele Kinder und Jugendliche können Mozart oder Bach nur kennenlernen, wenn sie zuvor selber aktiv geworden sind – und zwar in ihrer eigenen künstlerischen Sprache. Im Jugendzentrum meines Wahlkreises Ingolstadt gibt es seit drei Jahren regelmäßig »Hip-Hop-Workshops« für Kinder und Jugendliche, die Gruppe nennt sich »Boomtownraps«. Sie schreiben ihre Texte selbst, gestalten ihre Breakdance-Performance und Graffiti-Werke und präsentieren ihr Können regelmäßig vor Publikum. Viele dieser Kinder und Jugendlichen kommen aus sozial benachteiligten Familien, haben Migrationshintergrund, einige von ihnen hatten bereits eine kleinkriminelle Vergangenheit. Vor kurzem habe ich die »Boomtownraps« zu einer dreitägigen Berlinreise mit Bundestags-Besichtigung innerhalb einer Informationsfahrt des Bundespresseamtes eingeladen. Jede/r Abgeordnete/r des Deutschen Bundestages hat ein Kontingent für solche Reisen. Anlässlich einer Veranstaltung der grünen Bundestagsfraktion zum Thema »musikalische (Aus)Bildung« sind die »Boomtownraps« auch im Grünen Salon der Volksbühne aufgetreten. Es ist faszinierend zu beobachten, wie sich diese jungen Menschen innerhalb der letzten drei Jahre durch das Projekt verändert haben. Sie sind selbstbewußter, mutiger geworden und haben sich größtenteils zu Profis auf der Bühne entwickelt. Wir Grünen fordern die Auflegung eines Programmes »Jugend-

kultur Jetzt« zur Stärkung jugendkultureller Aktivitäten (Hip-Hop, Breakdance etc.) mit Schwerpunkt auf der Projektförderung an Bildungseinrichtungen nach dem Konzept meines regionalen Vereins »Künstler an die Schulen«. Ziel dieses Förderprogrammes ist es, künstlerische Ausdrucksformen der Jugendkultur zu stärken und die Teilhabe an künstlerischer Aktivität auch für Jugendliche aus sozial schwachen Familien und für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu ermöglichen. Formen der Jugendkultur repräsentieren eine eigene, internationale Sprache, Vorkenntnisse wie das Beherrschen eines Musikinstrumentes sind nicht zwingend erforderlich, integratives Miteinander wird gestärkt. Kulturelle Bildung kann die Integration fördern – Streetworker, SozialpädagogInnen und LehrerInnen fordern deshalb schon lange mehr kulturelle Projektarbeit im Rahmen der Integrations- und Jugendarbeit. Kulturelle Unterschiede sind eine Bereicherung – nicht nur in der Kunst. Denn Kultur »vielfältigt« sich, wenn man sie teilt. Natürlich höre ich häufig konservative Politiker über solche Aussagen spotten. Aber es wäre ein Verlust für unsere Gesellschaft, wenn – wie die Union es will – die Kultur reserviert bliebe für eine etablierte Schicht, sie muß geöffnet werden für alle.

Mahnkopf: Musik ist omnipräsent, aber als Konsum durch Lautsprecher. Dem setzen Sie das aktive Machen entgegen ...

Krumwiede: Musik zu hören ist heute durch Radio, Internet und Fernsehen so selbstverständlich geworden wie die Luft, die wir atmen. Aber der Erhalt dieses vielfältigen qualitativen Musikkonsums ist ebenso wenig selbstverständlich wie die saubere Luft – dessen müssen wir uns immer bewußt sein. Maria Montessoris Motto »Hilf mir, es selbst zu tun« gilt auch bei kulturellen Bildungsangeboten und zwar so früh wie möglich, schon in der Kita. Aktive kulturelle Bildung beginnt nicht erst mit einem Instrument in der Hand, sondern durch Singen und den Einsatz von Körperinstrumenten. Die kreative Aktivität, das »Ausprobieren«, sollte im Mittelpunkt stehen, nicht allein der passive »Konsum« unseres kulturellen Erbes. Wer den Wert des künstlerischen Ausdrucks selbst erfahren und ausprobiert hat, wird Kultur genreübergreifend bewußter empfinden und wahrnehmen.

Mahnkopf: Und diesen Ansatz würden Sie weiterdenken bis zu dem, was man das gute Leben nennen könnte, bis zur Kultur als erfülltem Lebensprinzip.

Krumwiede: Das kann man so sagen.

Mahnkopf: Monika Grütters (CDU, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags) sagte in der Phönix-Runde vom 17. November 2010 im Zusammenhang mit dem ins Grundgesetz aufzunehmenden Kulturstaatsziel einen bemerkenswerten Satz: Unsere nationale Identität erwachse auch einer »starken Betonung der Kulturnation Deutsch-

land auf das zeitgenössische, avantgardistische Element. Wir glauben daran, daß es die Künstler und die Kreativen, die Wissenschaft sind, die Fortschritt machen, sie gehen der Wirklichkeit, auch der Wirtschaft im übrigen, voraus, indem wir sie so frei wie möglich arbeiten lassen.« Es war nicht eindeutig, in wessen Namen sie sprach und ob sie damit einen Wunsch äußerte oder die Wirklichkeit beschrieb. Was halten Sie von dieser These und was hätten Sie, als Politikerin der Grünen, dem hinzuzufügen?

Krumwiede: Ich stimme dem voll zu. Aber in der Realität spiegelt sich die mangelnde Wertschätzung für kreative Leistungen von seiten der herrschenden Politik in der teils sittenwidrigen Entlohnung von Kulturschaffenden wider. So sehr ich die Äußerung von Monika Grütters unterstütze, die konkreten politischen Schlußfolgerungen konnte ich in der Kulturpolitik der Regierungskoalition bisher nicht erkennen.

Mahnkopf: Gerhart R. Baum, der ehemalige Innenminister, hat die Kultur als Staatsziel benannt, das nicht nur vom Verfassungsgericht als solches bestätigt wurde, sondern ins Grundgesetz geschrieben werden sollte, damit es die Kultur bei Streitfragen zur Hierarchie von Rechtsgütern leichter hat.¹ Würden Sie sich dem anschließen?

Krumwiede: Das wäre eine besondere Wertschätzung der politischen Klasse und damit ein deutliches Signal. Aber es darf nicht beim geschriebenen Wort bleiben. Das geschriebene Wort allein ist noch keine Garantie für Verbesserungen: Im Urhebergesetz steht, daß Künstler angemessen vergütet werden müssen, in der Praxis ist dies oftmals nicht der Fall. Kultur als Staatsziel wäre ein erster Schritt, auf den viele andere konkrete Maßnahmen folgen müßten. »Kultur als Staatsziel«, im Grundgesetz verankert, wäre vor allem eine wichtige Argumentationsgrundlage für alle KulturpolitikerInnen zum Beispiel beim Erhalt und Ausbau der kommunalen Kulturinstitutionen, die massiv gefährdet sind, weil die Kommunen kaputtgespart werden. An vielen städtisch finanzierten Musikschulen stehen Wartelisten Kürzungen gegenüber. Für eine Verbesserung kultureller Infrastruktur wäre es ein wichtiger Ansatz, daß Kulturpolitik in den politischen Gremien auf kommunaler und staatlicher Ebene verstärkt auch von Kulturschaffenden oder kompetenten Kulturkennern übernommen wird. Ich wünsche mir mehr Künstler und Kreative in der Politik.

Mahnkopf: Als Kulturpolitikerin sind Sie Anwältin nicht nur der Musik.

Krumwiede: Selbstverständlich habe ich alle Künste mit gleicher Intensität im Blick. Zum Beispiel wurde auf meine Anregung als Obfrau der Grünen im Ausschuß für Kultur und Medien zum ersten Mal in der Geschichte des

¹ Vgl. Kultur ist ein Staatsziel. Gespräch mit Gerhart R. Baum, in: Musik & Ästhetik 30 (2004).

Deutschen Bundestags im Kulturausschuß intensiv das Thema Tanz behandelt. Nach dieser Anhörung und vielen Gesprächen mit Kulturschaffenden und Kulturverbänden sehe ich mich in meiner Ansicht bestärkt, daß wir eine Erhöhung der Tarife und auch die Einführung einer Honoraruntergrenze für alle akademisch-künstlerische Berufe benötigen. Außerdem sollten spezialisierte Berater als Ansprechpartner für Kulturschaffende bei der BA bundesweit flächendeckend eingesetzt werden.

Ich möchte eine Stimme sein für alle Kulturschaffenden! Das Gute ist: Ich bin eine ziemlich große Nervensäge, was grüne und kulturpolitische Ziele betrifft. Das ist recht hilfreich. So kann manchmal sogar etwas von seiten der Opposition bewegt werden. Wie zum Beispiel auch beim Thema Transition. Die Stiftung »Tanz-Transition Zentrum Deutschland«, die KünstlerInnen beim Übergang in einen neuen Beruf nach der aktiven Bühnenkarriere unterstützt, wurde bisher von der Bundeskulturstiftung gefördert. Diese Förderung läuft jetzt aus. Die Grünen haben deshalb im Bundestag für den Haushalt 2011 einen Antrag auf Förderung dieser Stiftung gestellt, er wurde von der SPD mitgetragen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ich war fassungslos – und das habe ich auch in meiner letzten Rede zum Kulturhaushalt im Bundestag betont –, daß bei einem Kulturetat von über einer Milliarde Euro diese geringe Summe von 50.000 Euro für die Stiftung Tanz-Transition abgelehnt wurde. Einige Wochen nach meiner Rede hat der Kulturstaatsminister signalisiert, daß die Stiftung 2011 nun doch finanziert werden soll. Es ist schön zu sehen, daß man durch Überzeugungsarbeit auch in der Opposition etwas für die Sache erreichen kann.

Wir planen außerdem demnächst eine parlamentarische Initiative für eine Ausstellungsvergütung für KünstlerInnen, die ihre Werke in vom Bund finanzierten Museen oder Stiftungen, also im nicht-kommerziellen Raum ausstellen. Der Bund muß eine Vorreiterrolle übernehmen bei der Künstlerförderung. In diesem Jahr wollen wir uns auch mit der Situation der AutorInnen im Bereich Literatur und der DrehbuchautorInnen beschäftigen.

Mahnkopf: Literaturverlage denken immer stärker kommerziell, die Schere zwischen Bestsellern und gehobener Literatur (sagen wir derer, die nach mühevolem Warten Büchnerpreisträger werden) wird immer größer, zwischen Masse und Qualität.

Krumwiede: Dieses prinzipielle Problem einer kapitalistischen Warengesellschaft kann die Kulturpolitik nicht lösen, denn Politik hat auf Verlage und ihre Marketingstrategien keinen programmatischen Einfluß. Dem Prinzip »Auflage vor Information« folgt leider oft auch die Presse.

Mahnkopf: Parallel zum Börsenzeitalter hat sich unter den Künstlern eine Börsenmentalität breitgemacht, wonach der winner, weil er einer ist, zugleich

auch ein guter Künstler ist. Ich denke an bestimmte Maler und Objektkünstler, nicht nur in Großbritannien.

Krumwiede: Manchmal erinnert mich diese Entwicklung an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Als ich während meines Studiums als Kultur-Kritikerin tätig war, habe ich oft beobachtet, daß selbst beim Fachpublikum der Medienhype, die mediale »Mythenbildung« um einen Künstler kurzfristig die subjektive Urteilsfähigkeit über die künstlerische Leistung überschattet. Es gibt eine ungebrochene Sehnsucht in unserer Gesellschaft nach »Stars« und »Eventkultur«. Natürlich ist es spektakulär, wenn ein Karl-Heinz Stockhausen ein Streichquartett aus vier Hubschraubern spielen läßt – aber der nachhaltige, über längere Zeit andauernde Kunstgenuß ist bei solch einer Aktion naturgemäß nicht gegeben. Langfristig setzt sich Qualität in der Kunst über die Jahrhunderte durch – das hat die Geschichte gezeigt, und ich bin da relativ zuversichtlich für die Zukunft ...

Mahnkopf: Welchen Schutz und welche Förderung braucht das, was sich nicht von selbst versteht, was nicht Mainstream, Brauchtum oder Kommerz ist, so Avantgarde, Kunstmusik, Theater, Tanz etc.?

Krumwiede: Wir benötigen eine Vielzahl von flankierenden Maßnahmen in der Breite. Durch den Rückgang öffentlicher Stellen im Bereich Darstellende Kunst und Musik ist die Situation für Schauspielerinnen und Schauspieler, Tänzerinnen und Tänzer, Musikerinnen und Musiker besonders schwierig. Unbezahlte oder nur gering vergütete Praktika sind bei gleichem Arbeitsumfang wie für festangestellte Kolleginnen und Kollegen unter Absolventinnen und Absolventen staatlicher Hochschulen weit verbreitet. Vor allem in der Lehrtätigkeit in Kunst und Kultur setzen sich zeitlich befristete Honorarverträge und deren Aneinanderreihung immer mehr durch, weit entfernt von einer angemessenen Vergütung. Für die Dienstleistung aller Lehrenden ohne Festanstellung, auch im Bereich Kunst und Kultur, muß es Mindestabsicherungen und Honoraruntergrenzen geben.

2009 wurde für überwiegend kurzfristig Beschäftigte unter besonderen Voraussetzungen eine Verkürzung der Anwartschaftszeit für das Arbeitslosengeld ermöglicht, u. a. auch um den meist kurzfristig beschäftigten Kulturschaffenden den Zugang zu Leistungen zu ermöglichen. In der Praxis hat sich diese Neuregelung allerdings als realitätsuntauglich erwiesen. Nur die wenigsten Betroffenen profitieren davon. Daher muß die Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung grundsätzlich neu gestaltet werden.

Wir haben in Deutschland die Künstlersozialkasse, eine große Errungenschaft. Aber das System der KSK muß noch branchenspezifischer ausgerichtet werden, um für alle Mitglieder gleichberechtigt eine soziale Grundversorgung zu gewährleisten. Zur Verdeutlichung nenne ich hier ein Beispiel aus dem Bereich Tanz: Bei der KSK gibt es erst nach sechs Wochen Krankengeld.

Für TänzerInnen, bei denen Berufsunfälle auf der Tagesordnung stehen, ist das ein Problem. Es gibt zwar die Möglichkeit, über die KSK eine Zusatzversicherung abzuschließen. Aber das ist für die meisten TänzerInnen nicht finanzierbar. Außerdem müssen die Aufnahmekriterien in die KSK angepaßt werden, um der aktuellen Situation selbständiger KünstlerInnen und JournalistInnen gerecht werden zu können. Zudem sollten – wie bereits erwähnt – spezialisierte BeraterInnen als AnsprechpartnerInnen für Kulturschaffende bei der BA bundesweit flächendeckend eingesetzt werden.

Mahnkopf: Das gilt auch für Geisteswissenschaftler, überhaupt für den akademischen Nachwuchs.

Krumwiede: Genau. Besonders skandalös finde ich die Ausbreitung von Praktikantenstellen anstelle von Festanstellungen. Unsere in einem aktuellen Antrag im Bundestag eingebrachte Forderung nach fairen Bedingungen bei Praktika gilt für den gesamten akademischen Nachwuchs ebenso wie für KünstlerInnen und JournalistInnen.

Mahnkopf: Welche Veränderungen bzw. Innovationen wünschen Sie sich für Deutschland im Hinblick auf die Musik?

Krumwiede: An erster Stelle wünsche ich mir mehr Zeit und Raum für aktive kulturelle Bildung an Schulen. Außerdem hoffe ich auf mehr musikalische Projekte, die ihren ursprünglichen Kontext verlassen, entfremdend und überraschend auftauchen, wo sie nicht vermutet werden. Zum Beispiel »Oper im Hochhaus« (»La Bohème im Hochhaus«, ein Opernexperiment mit dem Berner Symphonieorchester) oder »Klassik live im Supermarkt« (MusikerInnen konzertieren im Supermarkt). Hier wird Teilhabe an klassischer Musik außerhalb des »exklusiven« Raumes eines Opernhauses oder Konzertsaals auch jenen ermöglicht, die sich keine Eintrittskarten leisten können oder Vorbehalte gegen klassische Musik haben.

Die Überwindung verkrusteter Strukturen in Kunst und Kultur kann bewirken, daß die Künste mehr Menschen erreichen und Vorurteile abgebaut werden. Wenn das Verständnis für kulturelle Vorlieben gestärkt wird (wie durch »Cross-Over-Projekte« – z. B. Hip-Hop und Klassik innerhalb eines Konzertes), Kunst sozial Benachteiligte einbezieht (z. B. »Berliner Straßen-Chor«) oder VertreterInnen verfeindeter Völker in einem Klangkörper vereint (z. B. »West-Eastern-Divian-Orchestra« unter Daniel Barenboim), kann die Kluft zwischen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen oder Generationen überwunden werden. Ein weiterer Zukunftswunsch ist, daß Künstlerinnen die gleichen Chancen erhalten und vom Gehalt in allen Kulturbranchen gleichgestellt werden mit ihren männlichen Kollegen. Die berufliche Benachteiligung von Frauen – nicht nur im Kulturbetrieb – ist ungerecht. Es ist überfällig, daß die Bundesregierung den Verpflichtungen aus Artikel 3

Grundgesetz nachkommt und die dort geforderte Beseitigung bestehender Nachteile in bezug auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen umsetzt. Die Gleichberechtigung von Frauen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt wird gerade auf allen Ebenen sehr kontrovers diskutiert. Die Problematik ist leider im 21. Jahrhundert immer noch nicht im Bewußtsein aller angekommen. In der grünen Bundestagsfraktion arbeiten wir an Maßnahmen, um die Gleichstellung von Frauen endlich Wirklichkeit werden zu lassen, z. B. durch eine Frauenquote für Führungspositionen in der Wirtschaft. Ich bin der Meinung, daß eine Frauenquote auch im Kulturbetrieb, z. B. an Orchestern, eine notwendige Übergangslösung für ein System wäre, welches Frauen aufgrund männlich dominierter Strukturen benachteiligt. Kritiker verurteilen eine staatlich vorgegebene Frauenquote im Kulturbetrieb als Eingriff in die Freiheit der Kunst. Aber Diskriminierung jeglicher Form kann und darf niemals mit dem Deckmantel künstlerischer Freiheit gerechtfertigt werden. Wenn die Zuständigkeit beim Bund liegt, ist dieser gemäß Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes verpflichtet, Gleichberechtigung durch geeignete Maßnahmen zu fördern und Benachteiligungen zu verhindern. Mit einer verbindlichen Frauenquote an den vom Bund mitfinanzierten Institutionen und Festivals könnte der Bund eine Vorbildfunktion für Länder und Kommunen übernehmen.

Außerdem hoffe ich, daß es uns für die Zukunft gelingt, emotionale Erlebniswelten jenseits des Computers für Kinder und Jugendliche attraktiv zu erhalten. Das Internet kann ein Live-Erlebnis eines Konzerts oder das Erlernen eines Instruments nicht ersetzen.

Mahnkopf: Das Internetzeitalter mit seinen digitalen Möglichkeiten stellt neue Herausforderungen an das Urheberrecht, an den Schutz der Künstler und der Kulturschaffenden, des sogenannten geistigen Eigentums auf der einen Seite, auf der anderen Seite an eine demokratische Öffentlichkeit, der die Kultur allgemein zugänglich sein sollte. Zur Lösung der damit verbundenen Widersprüche diskutiert Ihre Partei eine Kulturflatrate. Können Sie erläutern, was man sich darunter vorstellen kann und wie sie funktioniert?

Krumwiede: Durch die Idee einer Kulturflatrate haben die Grünen vor sechs Jahren in der Netzpolitik eine Vordenkerrolle übernommen. Der Gedanke hinter einer solchen Flatrate ist, durch ein nutzerfreundliches Portal illegale Downloads in der nicht-kommerziellen Verwendung zu verhindern und dafür zu sorgen, daß UrheberInnen und InterpretInnen für ihre Werke im Netz angemessen entlohnt werden und nicht länger aufgrund illegaler Downloads oft auf eine Vergütung verzichten müssen. Mittlerweile gibt es bereits einige Flatrate-Angebote und andere Modelle – wie z. B. iTunes. Maßgeblichen Einfluß auf die Kultur im digitalen Zeitalter hat eine zeitgemäße und zukunftssichere Regelung des Urheberrechts. Künstlerinnen und

Künstler müssen angemessen vergütet werden. Gleichzeitig dürfen Nutzerinnen und Nutzer nicht pauschal kriminalisiert werden. Verletzungen der Privatsphäre bei der Verfolgung von Urheberrechtsverstößen, den Einsatz des digitalen Rechtemanagements sowie die Bestrafung von digitalen Privatkopien lehnen wir ab. Für mich als Kulturpolitikerin gibt es im Zusammenhang mit dem Modell einer Kulturflatrate noch viele offene Fragen: Wieviel soll eine solche Flatrate monatlich kosten? Denn auf der einen Seite sollen UrheberInnen und InterpretInnen aus den monatlichen Zahlungen angemessen vergütet werden, andererseits müsste eine Kulturflatrate für möglichst viele Menschen finanzierbar sein, um kulturelle Teilhabe zu gewährleisten. Wie soll die Vergütung an UrheberInnen ausgeschüttet werden – über die Verwertungsgesellschaften oder brauchen wir dafür ein staatliches Modell? Bei der Ausarbeitung eines Flatrate-Modells betreten wir zwangsläufig ideologisch problematisches Terrain: Ist jede/r, der/die ein künstlerisches Produkt ins Netz stellt, ein/e KünstlerIn – wie soll bei der Vergütung zwischen Profis und Amateuren unterschieden werden, ohne eine staatliche »Qualitätspolizei« einzurichten, was wiederum unseren demokratischen Werten fundamental widersprechen würde? Kann die qualitative Vielfalt künstlerischer Erzeugnisse gerade in kleineren Kultursparten und Genres dauerhaft gewährleistet sein, wenn sich die Vermarktung immer mehr auf das Internet verlagert und die Anzahl der Klicks über die Höhe der Vergütung entscheidet? – Diese Frage halte ich vor allem angesichts der mehrfach erwähnten prekären Situation vieler KünstlerInnen für entscheidend.

Und: Sollte es *eine* Kulturflatrate für *alle* kulturellen Erzeugnisse geben oder würden *mehrere* separate Flatrates für die unterschiedlichen Kulturbereiche und Genres den Herausforderungen des digitalen Zeitalters für NutzerInnen und UrheberInnen besser gerecht werden? Um diese und andere Fragen zu klären, wollen wir ein umfassendes Gutachten in Auftrag geben.

Mahnkopf: Mit Blick auf Italien, einem Land größter Kulturschätze: Der von Berlusconi repräsentierte Zeitgeist wollte sich vom »kritischen Denken« befreien.² Sie, Frau Krumwiede, vertreten hingegen etwas vom Geist der Kritischen Theorie insofern, als kritisches Denken die Welt verändert, durchaus im Sinne der 1968er Bewegung, einer der Wurzeln der Grünen, bei deren Gründung Joseph Beuys mitwirkte, der nun wirklich wie kaum ein anderer Künstler die Dinge umwälzen wollte.

Krumwiede: Joseph Beuys ist einer der geistig-kulturellen Gründer meiner Partei, viele seiner gesellschaftspolitischen Thesen sind heute immer noch aktuell. Beuys sagt: »Die einzig revolutionäre Kraft ist die Kraft der menschlichen Kreativität. Die einzig revolutionäre Kraft ist die Kunst.« Es geht darum,

2 Vgl. Luigi Pestalozza, *Italien – der Stand der Dinge für die Musik*, in: Musik & Ästhetik 23 (2002).

den Boden einer Kultur von Freidenkern zu schaffen und – ganz im Gegensatz zur Gleichschaltung der Medien im Monopolsystem Berlusconis – das »kritische Denken« zu fördern. Es geht darum, die demokratische Gesellschaft zu öffnen und Gestaltungskompetenzen durch eine neue Wertschätzung für Kultur und Kreativität allen zu ermöglichen.

Der größte Feind von Diktaturen ist die Freiheit des Denkens, die Macht der freien Entfaltung des Geistes und der Kunst. Deshalb wird die Kunst von einem undemokratischen System reguliert, nicht selten werden Kunstschaffende und Intellektuelle »mundtot« gemacht. In Italien wird die Kultur unter Berlusconi regelrecht ausgehöhlt – jahrhundertealte Baudenkmäler verfallen, KünstlerInnen oder Literaten werden nicht gefördert und unter Druck gesetzt. Wie eine Regierung mit Kultur, den KünstlerInnen und Intellektuellen umgeht, sagt viel aus über den geistig-moralischen Zustand eines Staates.